

# Rhein-Berg 100

Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke



## Eine Auswahl meiner nächsten Termine

27.02.2019  
Tollitätenempfang Bergisch-Gladbach

07.03.2019 17:00 Uhr  
Bürgersprechstunde Kürten, Rathaus (Clubhaus 2)

29.04.2019 16:15 Uhr  
Bürgersprechstunde Leichlingen, Bürgerbüro

## Kontakt

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Telefon**  
(030) 227 - 7 95 47

**Fax**  
(030) 227 - 7 05 48

**E-Mail**  
[hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

**Homepage**  
[www.hermann-josef-tebroke.de](http://www.hermann-josef-tebroke.de)

### Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

**Telefon**  
(02202) 9 36 95-30

**Fax**  
(02202) 9 36 95-22

**E-Mail**  
[hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de)

Sie haben mich als Ihren Vertreter in den Bundestag gewählt und als solcher ist mir der Austausch mit Ihnen wichtig. Sollten Sie Anregungen oder Fragen haben, freue ich mich, wenn Sie mit mir in Kontakt treten.



## Liebe Leserinnen und Leser,

vielleicht freuen Sie sich genauso wie ich auf die nahenden Höhepunkte der Karnevalszeit. Davon unabhängig möchte ich Ihnen auch heute wieder meinen Newsletter übersenden, der die für mich relevanten Themen der vergangenen Wochen aufgreift.

Die Neufassung des Werbeverbots für Abtreibungen in § 219a StGB sowie des Schwangerschaftskonfliktgesetzes ist nicht nur innerhalb der Unionsfraktion, sondern auch über die Parteigrenzen hinweg kontrovers diskutiert worden. Für uns als Union bleibt auch weiterhin der Lebensschutz an erster Stelle, ohne dass wir gleichwohl das berechtigte Informationsbedürfnis werdender Mütter aus dem Blick verlieren. Anbei finden Sie einen kleinen Einblick in meine Position zu dem von den Koalitionsfraktionen ausgehandelten Kompromissvorschlag, der eine Beibehaltung des § 219a StGB bei gleichzeitiger Klarstellung desselben vorsieht.

Am vergangenen Wochenende fand die Münchner Sicherheitskonferenz 2019 statt. Repräsentanten zahlreicher Nationen waren vertreten, u.a. auch der US-Vizepräsident Mike Pence. Unsere Bundeskanzlerin hat in einer beeindruckenden Rede, für welche ihr weltweit Anerkennung und Respekt gezollt wurde, deutlich Position bezogen. Sie plädierte in ihrer Rede mit Nachdruck für einen offenen Welthandel sowie bündnisorientierte Kooperationen und wandte sich gegen Nationalismus. Kein Land ist so sehr wie Deutschland auf verlässliche und

auf Offenheit angelegte Partnerschaften angewiesen. Das haben wir im Rahmen der aktuellen Stunde diese Woche genauso nochmals im Plenum des Deutschen Bundestages unterstrichen. Auch und gerade die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ist ein Garant für unseren Wohlstand, aber auch für unsere Sicherheit und Freiheit. Die Europäische Union und der damit einhergehende Binnenmarkt sind der Motor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Bündnispartnerschaft garantiert uns auch für die Zukunft ein friedliches Miteinander. Die unlängst veröffentlichten Wirtschaftsdaten zeigen erneut die Exportstärke unserer Wirtschaft, legen aber gleichzeitig nahe, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen. Sie finden nachstehend eine kleine Einordnung meinerseits des Rekordleistungsbilanzüberschusses.

Abschließend wünsche ich Ihnen fröhliche Karnevalstage im Kreise Ihrer Familie und Freunde. Möge die fünfte Jahreszeit für Sie schöne Momente und bleibende Erinnerungen bereiten.

Herzliche Grüße  
Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

## Neuregelung des §219a StGB

Viele von Ihnen werden sich noch an die jahrelangen Debatten um die Normierung des Schwangerschaftsabbruchs erinnern. In einem langwierigen, der Sache aber angemessenen komplexen Abwägungsprozess hat sich der damalige Gesetzgeber für das bis heute bestehende Modell entschieden, wonach Abtreibungen nach wie vor rechtswidrig sind, jedoch unter Wahrung eines explizit geregelten Prozederes (Beratungslösung) straffrei gestellt sind. Das Werbeverbot des § 219a StGB flankiert die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs in § 218 StGB.

Bedingt durch mehrere Strafverfahren gegen eine Ärztin, die sich bewusst über das Werbeverbot hinweggesetzt hat, kam es zu der

politischen Debatte über eine Neuregelung. Für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion stand von Anfang an fest, dass wir zuvörderst den Schutz des ungeborenen Lebens in den Blick nehmen. Abtreibungen sind keine normalen medizinischen Leistungen und müssen auch weiterhin von der ärztlichen Heilbehandlung gesondert geregelt bleiben. Genau das sieht die Neuregelung des § 219a StGB vor. § 219a StGB wird um einen weiteren Absatz ergänzt, der es Ärztinnen und Ärzten, aber auch Krankenhäusern und sonstigen Institutionen gestattet, darauf hinzuweisen, dass sie Abtreibungen vornehmen. Das Schwangerschaftskonfliktgesetz wird dergestalt geändert, dass die

Bundesärztekammer eine monatlich aktualisierte Liste öffentlich zugänglich macht, die auflistet, welche Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser Abtreibungen durchführen.

Ich persönlich halte den von den Koalitionsfraktionen gefundenen Kompromiss für vertretbar und überzeugend. Das Abstandsgebot zwischen Abtreibungen und sonstigen medizinischen Leistungen bleibt gewahrt. Dem Informationsrecht der werdenden Mütter wird durch die Klarstellung Rechnung getragen und es wird ihnen erleichtert, Ärztinnen und Ärzte ausfindig zu machen, die Abtreibungen vornehmen. Dennoch bleibt es bei dem grundsätzlichen Verbot von Abtreibungen und bei

dem Werbeverbot für solche medizinische Maßnahmen.

Wir als Union werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, das ungeborene Leben zu schützen und jede Frau zu ermutigen, ihr Kind tatsächlich zur Welt zu bringen. Daher werden wir weiterhin daran arbeiten, die rechtlichen, aber auch tatsächlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jede Frau sich ohne Sorge für ein Kind entscheiden kann.

## Leistungsbilanzüberschuss

Deutschland wird dieses Jahr nach den Berechnungen des Münchner ifo-Wirtschaftsinstituts von allen Ländern weltweit den größten Leistungsbilanzüberschuss erzielen. Der Überschuss dürfte sich auf knapp 300 Milliarden Dollar belaufen. Die USA hingegen werden erneut das Land mit dem größten Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 420 Milliarden Dollar sein.

Die Zahlen zeigen eindrücklich, wie sehr Deutschland von seiner Wirtschaftskraft im internationalen Wettbewerb profitiert. Gerade als Exportnation sind uns offene Märkte und sichere, verlässliche Handelsbeziehungen besonders wichtig. Viele politische Konfliktlagen belasten derzeit jedoch das Wirtschaftsklima. Der drohende unregelmäßige Brexit, der immer noch schwelende Handelskonflikt zwischen China und den USA sowie die weiterhin im Raum stehenden Drohungen der Trump-Administration, die Schlüsselindustrie der Automobile durch massive Zusatzzölle weiter zu unterminieren, bergen Unsicherheiten. All diese Fährnisse

werden das seit 2009 ungebrochene Wirtschaftswachstum abbremsen lassen.

Wir dürfen deswegen jetzt nicht mit weiteren exorbitanten zusätzlichen Ausgaben die solide Finanzlage und die schwarze Null, also den ausgeglichenen Bundeshaushalt, für den wir uns als Union mit Vehemenz eingesetzt haben, gefährden. Die neuen Pläne des SPD-Bundesvorstands sind weder politisch durchdacht noch finanziell durchgerechnet.

Wir als Union hingegen bleiben der Garant für ein verlässliches Haushalten und werden auch künftig deutlich machen, dass jeder Euro, den wir an einer Stelle ausgeben, an anderer Stelle erst verdient werden muss. Eine zusätzliche Belastung der nachkommenden Generationen durch immer weitere konsumtive, schuldenfinanzierte Milliardenausgaben zum Umbau der gesetzlichen Altersrente und Arbeitslosenversicherung wird es mit uns nicht geben.

### Zitat des Monats:

*„Liebe die Wahrheit, doch verzeihe den Irrtum.“*

– Voltaire

## Karneval

„Karneval – geht das wieder los?“, raunen mir diese Tage einige meiner Kolleginnen und Kollegen zu, die mit der fünften und zweifellos schönsten Jahreszeit nur wenige Berührungspunkte haben. Ich antworte darauf stets mit dem dezenteren Hinweis, dass wir schon monatelang dabei seien und die diesjährige Karnevalszeit besonders heiter, da besonders lang sei. Hoffentlich bleibt das Wetter uns Jecken gnädig und die Sonne lacht mit uns in den nächsten Tagen.

Auch im preußischen Berlin gibt es die eine oder andere Karnevalsfeier, aber natürlich

deutlich dezenter als in den heimischen Gefilden. Dennoch war auf meine rheinischen Kolleginnen und Kollegen in der Unionsfraktion mal wieder Verlass und im Gaffel Haus Berlin gab es eine ordentliche Feier – vollkostümiert und nur für echte Jecken. Mein ganzes Team und ich waren mit von der Partie – einen kleinen Bildnachweis finden Sie anbei.

Liebe Leserinnen und Leser aus dem Wahlkreis, hoffentlich sehen wir uns, bei einer der noch ausstehenden Sitzungen oder wenn der „Zoch kütt“. Bis dahin, dreimol vun Hätze: „Rhein-Berg Alaaf!“

# Einblicke



Bei der Aktion Rote Hand gemeinsam gegen Kindersoldaten



Arbeitsfrühstück mit Annegret Kramp-Karrenbauer  
(Foto: Tobias Koch)



Große Kostümsitzung Große Gladbacher mit meiner Tochter Katharina (Foto: Susanne Schröder)



Rheinischer Frohsinn im Gaffel Haus Berlin mit meinem Team



Unter dem Motto „Europe together“ beim NJE der CDU Leichlingen